

15.04

Abgeordnete Dr. Susanne Fürst (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn der Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts setzte das kommunistische Sowjetregime unter Diktator Stalin rücksichtslos die Zwangskollektivierung der Bauernschaft in Russland, im eigenen Land, aber auch in der Ukraine, die sich ja nach dem Ersten Weltkrieg gebildet hatte, durch.

Die kommunistischen Parteifunktionäre zwangen die Bauern in die Kolchosen. Hunderttausende Bauern wurden deportiert und verfolgt, und die verbliebenen Höfe mussten dann zwangsweise Getreide abgeben. Sie erhielten Quoten – Erntequoten –, die sie abzugeben hatten. Dies führte dazu, dass sie in eine Hungersnot rutschten, sich nicht mehr ernähren konnten und für ihre eigene Bevölkerung nicht mehr die Grundversorgung sicherstellen konnten.

Dies führte zu Millionen Hungertoten. Es war Mord durch Hunger. Bis zu sieben Millionen werden von Historikern gerade diskutiert. Man muss sich vorstellen, es war eben eine völlig unverschuldete Hungerkatastrophe, die da eingesetzt hat. Es war keine Dürre, es war keine Naturkatastrophe, sondern es war künstlich und barbarisch von Stalin herbeigeführt und auch vom Sowjetregime erbarmungslos beobachtet.

Die kommunistische Propaganda hat dann in den Jahren und Jahrzehnten danach natürlich das Wissen darüber möglichst gering gehalten, die monströsen Verbrechen zugedeckt. Nun wissen wir mehr. Wir verstehen vielleicht auch Konflikte in Osteuropa besser; und wir denken heute daran, weil sie zum einen 90 Jahre her sind und weil sie natürlich auch besondere Brisanz durch den aktuellen Krieg zwischen Russland und der Ukraine haben.

Ich denke, nur mit Wissen über die Geschichte können wir die Konflikte besser verstehen, und vielleicht denken wir heute auch daran, unser Möglichstes zu tun, soweit es in unserer Macht steht, um einen Beitrag zum

Frieden auch im aktuellen Konflikt zu leisten. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Engelberg.*)

15.06

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Ernst-Dziedzic. – Bitte.